

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

dies ist der erste Newsletter, den wir in der 18. Legislatur versenden. Zwar haben wir noch keine regulären Sitzungswochen, dennoch liegen etliche Artikel vor, die wir euch zur Lektüre bzw. Weiterverarbeitung zukommen lassen wollen.

Künftig kommt der Newsletter dann als Service der Öffentlichkeitsarbeit wie gewohnt freitags in Sitzungswochen gegen 13 Uhr und geht an alle Abgeordneten, deren Büros und Wahlkreisbüros.

Unabhängig davon besteht auf unserer Website spdfraktion.de die Möglichkeit, den E-Mail-Newsletter (Mail-Informationsdienst) zu abonnieren.

Bitte schau auch auf unseren youtube-Channel, dort findest du Videostatements zu SPD-Erfolgen im Koalitionsvertrag.

Ich wünsche dir eine besinnliche Adventszeit

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE TERESA BÜCKER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL, DIRK
SAWITZKY

TELEFON (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 29.11.2013 13.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

- 02 Top-Thema: Deutschlands Zukunft gestalten
- 03 Bundestag setzt Hauptausschuss ein
- 04 Mehr Zeit für den Kita-Ausbau
- 05 Unmiss und Unamid verlängern
- 06 Abgeordnete senden Grüße an Soldaten
- 06 Die NSA-Debatte im Bundestag
- 08 Europa ist unsere Verantwortung
- 09 Spendenaufruf für die Philippinen

TOP-THEMA

Deutschlands Zukunft gestalten

Die SPD hat in dem nun vorgelegten Koalitionsvertrag mit der Union eine deutliche Handschrift hinterlassen. In den wichtigsten Punkten konnten sich die Sozialdemokraten durchsetzen, insbesondere beim Mindestlohn.

Gesetzt den Fall, dass das Mitgliedervotum der SPD-Basis positiv ausfällt, sollen etliche Verbesserungen für die Arbeitnehmer kommen. Ein gesetzlicher Mindestlohn würde von 2015 an eingeführt, von 2017 an überall geltend. Mehr als fünf Millionen Menschen wird es damit deutlich besser gehen. Auch die Tarifbindung wird gestärkt, und damit gibt es bessere Tariflöhne.

Es soll gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben – das war von fundamentaler Bedeutung für die SPD-Fraktion. Auch die Werksvertragsflut würde eingedämmt.

Verbesserungen bei der Rente

Die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren (mit Arbeitslosigkeit) soll kommen. Für Ältere beginnt der Ausstieg mit 63 Jahren, für Jüngere mit 64 bzw. 65 Jahren. Diese Positionen sind Originalforderungen von den Gewerkschaften und somit mit diesen im Einklang.

Verbessert würde auch die Erwerbsminderungsrente. Es soll einen konkreten Fahrplan für die Angleichung der Renten in Ost und West geben sowie eine Mindestrente von rund 850 Euro für langjährig Versicherte mit niedrigen Einkommen.

Durch ein Entgeltgleichheitsgesetz und eine gesetzliche Frauenquote in Aufsichtsräten wird es mehr Gleichberechtigung für Frauen geben.

Die Energiewende könnte verträglich und bezahlbar vorangetrieben werden. Sie ist die größte technologische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Herausforderung seit der deutschen Wiedervereinigung. Wenn sie gelingt, macht sie uns alle unabhängiger von knapper werdenden fossilen Rohstoffen wie Erdöl und Erdgas. Wir schaffen so nochmals hunderttausende neuer Arbeitsplätze und machen Deutschland zum Vorreiter im internationalen Klimaschutz.

Investitionen in die Bildung

Das Thema Bildung war für die SPD von größter Bedeutung. Als Erfolg für die Sozialdemokraten ist darum zu verbuchen, dass es künftig 6 Milliarden Euro mehr geben soll für Kitas, Schulen und Hochschulen.

Auch die Kommunen müssen gestärkt werden, und auch das würde kommen: 5 Milliarden Euro bekommen sie mehr. Es wird eine Mietpreisbremse geben und viel mehr Mittel für den Städtebau. Die Kommunen werden nicht mehr allein gelassen.

Auch die Verkehrsinfrastruktur soll mit 5 Milliarden Euro weiter stabilisiert und ausgebaut werden.

4 Milliarden Euro sollen investiert werden, um die Pflege und Menschen in Pflegeberufen zu unterstützen.

Endlich käme auch die Abschaffung des Optionszwanges für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder.

Nicht zuletzt aus Gerechtigkeitsgründen müssen Finanzspekulationen stärker besteuert werden – das könnte nun geschehen. Die SPD hatte das immer gefordert und kann es bei einer positiven Entscheidung umsetzen. Die Finanzmärkte würden ab sofort viel stärker reguliert. Einhergehend damit erfolgt die dringend notwendige Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa.

SPD-Parteichef Sigmar Gabriel sagte bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages: "Alle SPD-Ministerpräsidenten und alle Mitglieder der Verhandlungsgruppe der SPD haben gestern Nacht den Entwurf eines Koalitionsvertrags gebilligt. Denn bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und Schritt für Schritt Verbesserungen durchzusetzen, ist die Aufgabe der SPD seit 150 Jahren. Dieser Aufgabe wird sie sich mit großem Selbstbewusstsein auch heute stellen."

PLENUM

Bundestag setzt Hauptausschuss ein

Dem so genannten Hauptausschuss werden je 47 ordentliche und stellvertretende Mitglieder angehören, von denen CDU/CSU 23, die SPD-Fraktion 14, die Linke und die Grünen je fünf Abgeordnete entsenden (Drs. 18/101). Das Präsidium des Bundestags wird den Ausschuss leiten. Im Präsidium sind auch Vertreter der eventuellen Oppositionsfraktionen.

Die Zuständigkeiten des Hauptausschusses werden durch Überweisungen des Plenums des Bundestags begründet; der Ausschuss ist Ausschuss im Sinne von Artikel 45, 45a und 45c Grundgesetz.

Sprecherin der SPD-Abgeordneten ist Christine Lambrecht.

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann sagte in der Debatte zur Einsetzung des Ausschusses: "Wir bitten um Verständnis, dieser Ausschuss hat auch damit zu tun, dass die SPD erst ihr Mitgliedervotum über den Koalitionsvertrag abwarten muss". Es sei unverhältnismäßig, jetzt 22 Ausschüsse zu bilden, wenn womöglich in zwei oder drei Wochen alles wieder geändert werden müsse. Oppermann verwies darauf, dass dieser Mitgliederentscheid ein "demokratisches Experiment" sei, eine Bereicherung für die Demokratie.

FAMILIE

Länder bekommen mehr Zeit für Kita-Ausbau

Die Bundesländer können die Bundesmittel für den Kita-Ausbau bis 2014 abrufen. Das hat der Bundestag heute beschlossen. Eine Qualitätsoffensive soll folgen.

An diesem Donnerstag hat der Bundestag über den vom Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf beraten, der die Beantragungsfristen von Finanzhilfen durch die Länder für den Kitaausbau verlängern soll. Am Abend wurde der Gesetzentwurf von allen Fraktionen angenommen. Die Länder hatten zuvor signalisiert, dass sie es nicht schaffen werden, bis zum 31. Dezember 2013 alle Mittel abzurufen, die sie für den Ausbau der Kindertagesbetreuung abrufen können. Die Länder haben dann Zeit bis Mitte 2016, neue Betreuungsplätze zu schaffen. Der Bundesrat hatte die Gesetzesinitiative mit Problemen beim Kita-Ausbau vor allem in größeren Städten und Ballungsräumen begründet, in denen seit dem Inkrafttreten des Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für ein- und zweijährige Kinder neuer Bedarf an Plätzen sichtbar geworden ist. Mit der Fristverlängerung können die Länder nun weitere Betreuungsplätze schaffen.

Dagmar Ziegler, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, bekräftigte in ihrer Rede, dass die Fristverlängerung getätigt werden müsse. Die Nachfrage nach Kitaplätzen werde weiter zunehmen. Zudem sei die Kinderbetreuung die einzige familienpolitische Leistung, die bei Evaluationen durchweg positiv beurteilt werde. Eine Betreuung für alle Familien sicherzustellen, die diese in Anspruch nehmen wollten, verbessere Bildungschancen und Integration, beuge Kinder- und Familienarmut vor, entlaste Familien und fördere damit auch die berufliche Gleichstellung von Frauen.

Personalausstattung soll verbessert werden

Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD nun vereinbart, den Fokus bei der Kindertagesbetreuung nach dem Ausbau auf die Qualität zu legen. Die Personalausstattung soll verbessert werden und Erzieherinnen und Erzieher Weiterbildung in Anspruch nehmen können. Dem Thema der Sprachbildung soll in Kitas künftig mehr Bedeutung zukommen.

Caren Marks, familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, richtete ihren Dank an die Länder und Kommunen, denen es in großer Kraftanstrengung gemeinsam gelungen sei, den Ausbau der Betreuung gut voranzubringen. Landes- und KommunalpolitikerInnen hätten überall großes Engagement gezeigt. Marks dankte außerdem den Erzieherinnen und Erziehern und dem Tagespflegepersonal. Mit der steigenden Nachfrage nach Betreuung ist die Arbeitsbelastung des Personals zuletzt gestiegen. Darauf will die Familienpolitik einer neuen Regierung rasch reagieren.

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Fristen für 7,5 Prozent der Baumaßnahmen im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 – 2013“ um ein Jahr bis zum 31. Dezember 2014 zu verlängern. Hierfür habe der Bund Mittel in Höhe von 2,15 Milliarden Euro bereitgestellt. Von diesen Geldern seien bis Oktober dieses Jahres bereits 88,7 Prozent in die Länder geflossen.

AUSSENPOLITIK

UNMISS und UNAMID verlängern

Die amtierende Bundesregierung hat am 20. November 2013 die Verlängerung der beiden Sudan-Mandate UNMISS (United Nation Mission in South Sudan) und UNAMID (African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur) um zwölf Monate bis zum 31. Dezember 2014 beschlossen. Wie bisher beträgt die Obergrenze bei beiden Mandaten je 50 Soldatinnen und Soldaten. In beiden Fällen ist die Zustimmung des Bundestages erforderlich. Zuletzt beteiligten sich 16 Soldaten und fünf Polizisten an UNMISS und neun Soldaten sowie vier Polizisten an UNAMID.

Kernaufgaben der am 8. Juli 2011 vom VN-Sicherheitsrat eingerichteten UNMISS-Mission sind die Unterstützung der Regierung bei der Friedenskonsolidierung und dadurch längerfristig des Staatsaufbaus sowie der wirtschaftlichen Entwicklung. UNMISS unterstützt weiterhin die Gewährleistung von Sicherheit, Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Stärkung des Sicherheits- und Justizsektors.

Das deutsche Engagement ist Teil der langjährigen Bemühungen um eine dauerhafte Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung in Südsudan und in der Region. Deutschland unterstützt hierbei insbesondere, auch im Rahmen der gemeinsamen europäischen Außenpolitik, die politischen Bemühungen der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen zur Beilegung der noch offenen Streitfragen zwischen Sudan und Südsudan sowie die friedliche Koexistenz beider Staaten.

Knapp zweieinhalb Jahre nach seiner Unabhängigkeit steht Südsudan weiter vor großen und vielfältigen Herausforderungen. Die wirtschaftliche Situation des Landes ist von extremer Unterentwicklung geprägt. Humanitäre Notlagen sowie eine fragile Sicherheitslage prägen das Bild in verschiedenen Regionen des Landes. Der Aufbau der staatlichen Verwaltung und der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur Südsudans sowie die politische Stabilisierung bedürfen weiterhin intensiver Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft.

Immer neue Kämpfe in Darfur

Auch die Lage in Darfur bleibt angespannt. Immer wieder aufflammende Kämpfe zwischen Regierungstruppen, Rebellen und Milizen sowie eine hohe Bedrohung durch schwere Gewaltkriminalität belasten die weiterhin prekäre humanitäre Lage der Zivilbevölkerung in Darfur zusätzlich. UNAMID bleibt bis auf Weiteres als stabilisierendes Element zur Verbesserung der Sicherheitslage in Darfur und zur Begleitung der politischen Bemühungen um ein Ende der dortigen Krise unverzichtbar.

Deutschland engagiert sich weiterhin für eine friedliche und nachhaltige Lösung des Darfur-Konflikts. Besondere Aufmerksamkeit kommt dabei der Verbesserung der humanitären Lage in Darfur, dem Wiederaufbau sowie der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte zu.

Die deutsche humanitäre Hilfe wird im Sudan weiterhin aktiv bleiben. Neben Maßnahmen der Sofort-, Not- und Übergangshilfe durch deutsche und internationale Nichtregierungsorganisationen steht hierbei vor allem auch die Stärkung der von den Vereinten Nationen geführten internationalen humanitären Hilfe im Vordergrund. Insbesondere die Situation der Flüchtlinge und lokalen Bevölkerung im Darfur und in anderen Krisengebieten soll durch das humanitäre Engagement Deutschlands verbessert werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat beide Mandate von Beginn an unterstützt und am Donnerstagnachmittag zugestimmt (Drs. 18/71 und 18/72). Der Bundeswehreininsatz in Darfur wurde in einer namentlichen Abstimmung mit 512 Ja-Stimmen bei 59 Nein-Stimmen und zwei

Enthaltungen angenommen. Für die Fortsetzung des Einsatzes im Südsudan stimmten 541 Abgeordnete mit Ja, 60 stimmten dagegen und zwei Abgeordnete enthielten sich.

BUNDESWEHR

Abgeordnete senden Grüße an Soldaten

Auch in diesem Jahr können mehr als 5000 Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten Weihnachten nicht bei ihren Familien verbringen. Viele von ihnen gefährden bei den Einsätzen ihr Leben und ihre Gesundheit, tragen Schäden davon.

Gerade für sie ist es enorm wichtig, von der Gesellschaft geschätzt und akzeptiert zu werden. Dabei geht es nicht um die politische Bewertung einzelner Mandate, sondern darum, den Menschen in der Bundeswehr die Zuwendung und Achtung entgegenzubringen, die sie erwarten dürfen.

Den SPD-Abgeordneten des Bundestages ist das ein besonderes Anliegen, schließlich geht es hier auch um eine Parlamentsarmee. Darum sind am Mittwochnachmittag viele der SPD-Parlamentarier im Reichstag zusammengekommen, um an einer Aktion des Deutschen Bundeswehrverbandes, dem Runden Tisch Solidarität mit Soldaten und der Oase-Einzelbetreuung (Gemeinschaftsprojekt der Evangelischen und Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung) teilzunehmen. Sie schrieben ihre Namen auf gelbe Schleifen als Symbol der Verbundenheit mit den Soldatinnen und Soldaten entgegen. Die Schleife gilt als Zeichen der stillen Solidarität.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und der verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion Rainer Arnold kamen mit vielen Genossinnen und Genossen um diese „Bänder der Verbundenheit“ zu unterschreiben. Die werden nun schnellstmöglich an die weltweiten Einsatzorte der Soldaten gebracht.

Die Aktion fand bereits zum vierten Mal statt. Anwesend waren auch der ehemalige Wehrbeauftragte Reinhold Robbe und der neu gewählte Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Oberstleutnant André Wüstner.

NSA-DEBATTE

Steinmeier: Wir brauchen ein Völkerrecht im Netz

Die große zivilisatorische Leistung des 20. Jahrhunderts bestand in der Gründung der Uno, der Etablierung des Völkerrechts. Das 21. Jahrhundert fordert neue Leitplanken, sagte Frank-Walter Steinmeier bei der Debatte um die Ausspähungen der NSA. Unterschiedliche technische Möglichkeiten müssten in Recht übersetzt werden.

Der Bundestag hat sich nun mit den Folgen der NSA-Affäre und den massiven Ausspähungen durch die Amerikaner befasst.

Bundeskanzlerin Merkel (CDU) hatte bereits in einer Regierungserklärung zuvor, bekräftigt, dass es sich hier um einen gravierenden Vertrauensbruch seitens der US-Regierung handelt.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier machte deutlich, dass er nicht bereit sei, sich mit ein paar Formeln des Bedauerns zufriedenzugeben. Die Aufklärung dürfe "nicht in die ferne

Zukunft" verschoben werden. Das sei auch geboten, weil Vertrauen ein fester Bestandteil des transatlantischen Bündnisses sei. Was da geschehen sei, "gehört sich nicht".

Es gelte, Fragen aufzuklären: Auf wen bezogen sich die Ausforschungen? Wurden auch andere Politiker ins Visier genommen? Steinmeier: "Auf Misstrauen lässt sich keine Zukunft bauen."

Die Herausforderung sei es nun, zu klären, wie "in einer digital vernetzten Welt Freiheit und Sicherheit in das richtige Lot gebracht werden können". Internet sei zwar ein elementares Grundrecht, aber "nicht alles, was technisch möglich ist, ist auch rechtlich erlaubt oder politisch klug." Spionage unter Freuden könne man nicht mit einem Schulterzucken hinnehmen.

Es bedürfe nun eines Völkerechts im Netz, das unterschiedliche technische Möglichkeiten in Recht übersetzt.

Regierung war zuvor "grenzenlos naiv"

SPD-Innenexperte Thomas Oppermann betonte, es sei enorm wichtig, die deutschen Unternehmen, etwa in der Forschung, stärker vor Spionage zu schützen. Darüberhinaus müsse mehr in Forschung und Entwicklung investiert werden, um eben die Unternehmen effektiver schützen zu können.

Es sei richtig, dass die Bundesregierung nun ein Antispionageabkommen verhandelt. Das jedoch müsse auch der Überwachung der privaten Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger Schranken setzen. Denn es sei, sagte er mit Blick auf die amtierende Regierung, noch immer nicht geklärt, was das Programm Prism alles könne und wie weit die deutsche Bevölkerung ausgespäht worden sei. Den anfänglichen Glauben der Regierung an die Beteuerungen der NSA nannte Oppermann "grenzenlos naiv". Selbst der US-Kongress zweifle, ob die NSA noch steuerbar sei.

Die USA seien der wichtigste Bündnispartner, aber das sei eben nicht vereinbar mit Ausforschungen.

Für den Whistleblower Edward Snowden gelte es, eine "humanitäre Lösung" zu finden. Oppermann steht einer Befragung Snowdens in Russland positiv gegenüber.

Die Abgeordnete Eva Högl appellierte an alle Fraktionen des Bundestages, gemeinsam aufzuklären und dabei die gleiche Fairness und den gleichen Aufklärungswillen an den Tag zu legen, wie zuvor bei den Untersuchungen zur Mordserie des NSU. Das sei schließlich "eine Sternstunde des Parlamentarismus" gewesen, so Högl. Es gelte aufzuklären, was die deutschen Nachrichtendienste wann wussten, vieles sei aber schwer für die Abgeordneten aufklärbar, etwa in Richtung der NSA-Praktiken an sich.

Högl plädierte für eine massive Stärkung des Parlamentarischen Kontrollgremiums PKGr, das die Geheimdienste kontrollieren soll.

Enger mit dem US-Kongress zusammenarbeiten

Der Netzpolitiker Lars Klingbeil forderte, in der Aufklärung enger mit dem US-Kongress zusammenzuarbeiten.

Es gehe vor allem darum, verlorenes Vertrauen in die sichere Kommunikation wiederherzustellen, die Privatsphäre zu stärken. Vor allem müsse dafür gesorgt werden, dass Geheimdienste wieder dem Primat der Politik untergeordnet werden.

In Richtung Bundesinnenminister Friedrich (CSU) bemerkte Klingbeil, dass er angesichts der Entwicklungen schon "etwas mehr Demut" von ihm erwartet hätte. Denn auch schon vor der

Bekanntmachung, dass Merkels Handy abgehört wurde, habe es viel gegeben, worüber man sich empören könne.

Klingbeil warnte davor, mittels des Begriffs Supergrundrecht andere Grundrechte gegeneinander auszuspielen. Vielmehr müsse es nun darum gehen, den USA Grenzen zu setzen und mehr Souveränität in Sachen Netzpolitik zu zeigen. "Das hat mit einer Renationalisierung des Internets nichts zu tun, wenn man die Rahmenbedingungen für Soft- und Hardware stärken will", sagte Klingbeil. Auch wäre es in seinen Augen nötig, das Swift-Abkommen mit der US-Regierung zu stoppen - das fordere auch das EU-Parlament. Und schließlich gehe es um eine völkerrechtliche Absicherung, die nicht zwischen Geheimdiensten ausgehandelt werden dürfe.

Klingbeil sagte zum Schluss, die Deutschen müssten Edward Snowden dankbar sein, der sei "ein mutiger, junger Mann".

EUROPA

Europa ist unsere Verantwortung

Die Bundeskanzlerin (CDU) erklärte in der 2. Sitzung des neuen Bundestages, welche Haltung sie auf dem Gipfeltreffen der 28 Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) in Vilnius zur „Östlichen Partnerschaft“ vertreten wird. Gut acht Wochen nach der Bundestagswahl diskutierte das Parlament, wie die Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten der EU künftig aussehen sollen.

Für die SPD-Fraktion sprach der Außenpolitiker Gernot Eler zur Regierungserklärung. Der Baden-Württemberger zog eine kritische Bilanz mehr als vier Jahre nach Inkrafttreten des EU-Programms „Östliche Partnerschaft“.

Eler bekannte sich zum Ziel von 2010, durch Zusammenarbeit mit den sechs osteuropäischen Staaten (Moldawien, Ukraine, Georgien, Weißrussland, Armenien und Aserbaidschan) Russland außenpolitisch nicht schwächen zu wollen. Allerdings seien die „regionalen Konflikte nicht entschärft worden“, sagte Eler. Drei dortige Kriesenherde wurden lediglich eingefroren. Fortschritte, so Eler, seien kaum erzielt worden. Gleichzeitig erinnerte der SPD-Fraktionsvize daran, dass die Vereinbarungen mit den östlichen Partnern der EU in diesem Jahr auslaufen. „In der Summe hat die Bundesregierung den Abbau der Konflikte in der osteuropäischen Region nicht voran gebracht“, bilanzierte er.

Denn unsere osteuropäischen Nachbarn befinden sich in einem Dilemma: Einerseits gibt es Tendenzen, sich nach Westen zu orientieren, und andererseits streben Kräfte traditionell in Richtung Russlands. So stelle die Zollunion Putins eine Konkurrenz zur assoziierten Partnerschaft mit der EU dar, bekräftigte Eler.

Das Haus Europa bauen die Menschen

Katarina Barley (SPD), neugewählte Abgeordnete, betonte in der Tradition Willy Brandts, dass die EU Verantwortung für „Nachbarn und Bevölkerung“ trage.

In ihrer ersten Bundestagsrede erinnerte die Rheinland-Pfälzerin an den großen sozialdemokratischen Visionär, der im Dezember 100 Jahre alt geworden wäre. Wandel durch Annäherung war seine Devise. Dafür erhielt der damalige Bundeskanzler 1971 als erster Deutscher in Norwegen den Friedensnobelpreis.

Ziel sei, so Barley „die Förderung der Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher Stabilität“. Eine Partnerschaft mit Weißrussland (Belarus) schloss die 45-jährige Juristin aus. Dort liegt die demokratische Entwicklung seit der Wahl Lukaschenkos im Jahr 2010 am Boden. Der Umgang mit der Opposition in Weißrussland sei undemokratisch. „Die Beziehungen zwischen der EU und Weißrussland stecken in einer Sackgasse“, stellte Barley fest. Sie forderte eine kritische Distanz zur Lukaschenko-Regierung. Der kulturelle Austausch mit demokratischen Organisationen sei weiter zu fördern. Vor allem die Begegnung junger Menschen ist dabei ein zentrales Element. Das belegten Beispiele in der Vier-Länder-Region Benelux und Deutschland im Europa nach 1945, berichtete Barley aus ihrem Trierer Wahlkreis. Ziel für die SPD-Fraktion bleibe weiterhin das soziale Europa, bekräftigte sie.

Frieden, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität

Der europapolitische Sprecher und hessische SPD-Generalsekretär Michael Roth stellte klar, dass sich die Bevölkerung in Deutschland zu 65 Prozent mehr europäische Zusammenarbeit wünschten: Vor allem in der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

Roth forderte deshalb mehr Engagement von der Bundeskanzlerin, auch wenn es schwierig sei, in Europa auf einen „gemeinsamen Nenner“ in der Außenpolitik zu kommen. Als Beispiel dafür nannte er die Situation im Nahen Osten und das enge Verhältnis Deutschlands zu Israel. Er sprach sich dafür aus, sich gemeinsam mit den EU-Partnern auf einige „zentrale außen- und sicherheitspolitische Projekte“ zu verständigen und zum Erfolg zu führen.

„Für die SPD ist Glaubwürdigkeit beim Umgang mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein zentraler Punkt“, entgegnete er auf Unions-Fraktionschef Kauder. Roth rief dazu auf, die Werte der EU nicht nur nach außen, sondern auch in den eigenen Reihen entschlossen zu verteidigen. Denn auch in Mitgliedstaaten der EU sei die Wahrung der Grundwerte zuletzt immer wieder in Frage gestellt worden. Michael Roth forderte die anderen Fraktionen auf, die SPD in ihrem engagierten Kampf für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundwerte in Europa zu unterstützen.

AUFRUF

Katastrophe auf den Philippinen

Der Taifun "Haiyan" hat die Philippinen mit voller Wucht getroffen: Tausende Menschen sind in Folge des Sturms ums Leben gekommen, Millionen Philippiner haben ihr Hab und Gut verloren. Helfen Sie jetzt den Betroffenen mit einer Spende!

Der tropische Wirbelsturm „Haiyan“ hat in dem asiatischen Inselstaat eine Spur der Verwüstung hinterlassen: Zahllose Häuser, ganze Städte und Dörfer wurden zerstört, Straßen sind unpassierbar, und nur langsam können die Hilfsorganisationen auch die entlegenen Gebiete mit Wasser, Nahrungsmitteln und Medikamenten versorgen. Die Philippinen sind konfrontiert mit der größten humanitären Katastrophe in ihrer Geschichte und brauchen für deren Bewältigung und den Wiederaufbau des Landes weiterhin dringend Hilfe.

Das Ausmaß der Verwüstungen durch den Taifun ist verheerend und wird Tage, nachdem der Sturm auf das Land traf, immer deutlicher. Nach Schätzungen sind mehr Philippiner als bisher vermutet ohne Obdach, mehrere Tausend Menschen starben in Folge des Wirbelsturms und noch immer werden zahlreiche Menschen vermisst. Gerade in entlegenen Regionen läuft die Hilfe nur schleppend an und die Menschen dort leiden weiterhin an Wasser- und vor allem Nahrungsmittelmangel. Und auch die Lage in den teils erheblich zerstörten und überfüllten Krankenhäusern ist nach wie vor besorgniserregend.

Helfen Sie mit einer Spende!

Die Menschen in den betroffenen Gebieten des Inselstaates brauchen dringend Hilfe. Das Land, in dem mehr als 30 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze leben, steht vor der Mammutaufgabe, diese Katastrophe zu bewältigen, Hilfe bleibt weiterhin nötig. Helfen daher auch Sie mit einer Spende für die Opfer der Naturkatastrophe!

Ihre Spenden können Sie zum Beispiel richten an:

Deutsches Rotes Kreuz
Spendenkonto 41 41 41
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 370 205 00
Stichwort: "Wirbelsturm"

Aktion Deutschland Hilft
Spendenkonto 10 20 30
Sozialbank
BLZ 370 205 00
Stichwort: „Taifun Haiyan“

Bündnis Entwicklung Hilft – Gemeinsam für Menschen in Not e.V.
Konto 5151
BLZ 370 205 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort "Taifun"

CARE Deutschland-Luxemburg e.V.
Spendenkonto 4 40 40
Sparkasse KölnBonn (BLZ 370 501 98)
Stichwort: Taifun Haiyan

Caritas international
Spendenkonto 202
Bank für Sozialwirtschaft Karlsruhe
BLZ 660 205 00
Stichwort "Philippinen"

Diakonie Katastrophenhilfe
Spendenkonto 502 502
Evang. Darlehensgenossenschaft
BLZ 2106 0237
Stichwort "Philippinen"

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>